

STAND • Punkt

KATHOLISCHE ARBEITNEHMER-BEWEGUNG DIÖZESANVERBAND PASSAU



Sonderdruck August 2020

Katholische Arbeitnehmer-Bewegung im Bistum Passau fordert fairen Mindestlohn

Auf einer Klausurtagung beschloss die Diözesanleitung des KAB-Diözesanverbands Passau einstimmig die Beteiligung an der bundesweiten Mindestlohnkampagne des Verbands mit Petition an Bundesarbeitsminister Hubertus Heil. Ziel ist es, den Minister bis möglichst 7. Oktober, dem „Welttag für menschenwürdige Arbeit“, mit bundesweit 50.000 Unterschriften zu konfrontieren (s.u.). Der gegenwärtige Mindestlohn von 9,35 €/h reiche nicht aus, um soziale Sicherheit und Teilhabe zu garantieren. Insbesondere Familien stünden unter permanentem finanziellem Druck, sind sich KAB-Ehren- und Hauptamtliche einig. „10,45 € Mindestlohn sind zu wenig – 13,69 € gerade genug“, stellte Diözesansekretär Jürgen Weigl einen Slogan der Kampagne vor. Der biblische Grundsatz, dass „ein Recht auf seinen Lohn hat, wer arbeitet“ (1Tim 5,18), sei das Leitmotiv. Es gehe dabei aber nicht um irgendeinen Hungerlohn, sondern um eine Bezahlung, von der jede/r leben könne.

Aus der christlichen Sicht der KAB müsse der Lohn einer Vollzeitarbeit nicht nur die Existenz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sichern, sondern auch im Alter für einen Lebensabend ohne Armut sorgen. Der jetzige Mindestlohn stelle eine Armutsfalle dar. Auch die Erhöhung auf 9,50 Euro ab 2021 und auf 10,45 Euro ab Sommer 2022 sei deutlich zu wenig. Eine Lohnuntergrenze von mindestens 13,69 Euro pro Stunde entspräche 60 Prozent der Durchschnittslöhne im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich.

„Politik muss die Armut trotz Arbeit jetzt bekämpfen“

„Eine deutliche Anhebung wäre jetzt das richtige Signal für jene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die im Niedriglohnbereich während des Lockdowns die gesellschaftlich notwendige Arbeit unter erschwerten Bedingungen leisten mussten“, erklärt auch KAB-Bundesvorsitzender Andreas Luttmer-Bensmann. Die Löhne in der systemrelevanten Pflege und der Lebensmittelversorgung lägen weit unter den von der Europäischen Kommission für Deutschland geforderten 12 Euro pro Stunde. „Es ist scheinheilig, während der ersten Pandemiewelle den Beschäftigten in der Pflege und den Lebensmittelmärkten abendlichen Applaus zu spenden und ihnen

jetzt erklären zu wollen, dass eine schnelle Anhebung des Mindestlohns das Tarifgefüge gefährden würde“, so der Bundesvorsitzende. Für den Vorsitzenden des katholischen Sozialverbandes ist die Höhe des Mindestlohns eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. „Armut und Altersarmut trotz Vollzeitarbeit darf es in einem Land wie Deutschland nicht geben“, betont Luttmer-Bensmann. Die geplante Anhebung zum Jahresbeginn 2021 um 15 Cent brutto pro Stunde sei ein Witz und ein Schlag ins Gesicht tausender betroffener Arbeitnehmer*innen. „Wir setzen uns mit unserer Mindestlohnpetition für eine sozial gerechtere Systematik bei der Festlegung der Mindestlohnhöhe ein. Mindestlohn muss bei Vollzeit vor Armut schützen“, erklärt Luttmer-Bensmann.

STOPPT DIE ARMUTSFALLE MINDESTLOHN!

Unterstützen Sie die Petition an Bundesarbeitsminister Hubertus Heil für einen Mindestlohn von 13,69 Euro!

Sehr geehrter Herr Bundesarbeitsminister Heil,

setzen Sie sich endlich für einen armutsfesten Mindestlohn ein! Die von der Mindestlohnkommission festgelegte Anhebung um 15 Cent zum 1. Januar 2021 und die stufenweise Erhöhung auf 10,45 Euro erst ab Sommer 2022 sind eindeutig zu niedrig. Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der Pflege, im Hotel- und Gaststättenbereich und anderen Dienstleistungsbranchen sitzen so dauerhaft in der Armutsfalle. Starten Sie mit uns eine Gesetzesinitiative, die einen sozial gerechten Mindestlohn von 13,69 Euro ermöglicht.

Herr Minister Heil, wir fordern Sie daher auf:

- Erhöhen Sie den Mindestlohn auf armutsfeste 13,69 Euro.
- Stoßen Sie endlich eine Gesetzesreform an, die einen fairen Mindestlohn ermöglicht.
- Sorgen Sie dafür, dass in diesem wohlhabenden Land jeder von seiner Arbeit existenzsichernd leben kann.



Liebe Mitglieder und Freunde der KAB, geschrieben am 3. August 20 unter dem Titel Mutmacher*in.

Da ist der Gedenktag der hl. Lydia, Purpurchändlerin aus Thyatira/ Philippi, Gastgeberin des hl. Paulus – und laut Apostelgeschichte die erste Christin auf europäischen Boden. Es war eine Hausgemeinschaft, in der das Christentum bei uns seinen Anfang nahm, überschaubar an Zahl und trotzdem der Anfang einer unglaublichen Wirkungsgeschichte:

- das Evangelium, ein Samenkorn, das unaufhaltsam wächst. Das macht Mut. Da ist der hl. Benno, Einsiedler, Bischof, geblendet, vertrieben – und mit seinem Gefährten Eberhard der Gründer der Abtei Einsiedeln. Allen Widrigkeiten zum Trotz doch eine Erfolgsgeschichte:
- das Evangelium, ein Samenkorn, das unaufhaltsam wächst. Das macht Mut. Auf was freue ich mich im Herbst, an was sind wir als KAB „dran“?

Wieder einmal gilt es, den arbeitsfreien Sonntag zu schützen. Das Begehren, gesetzliche Regelungen außer Kraft zu setzen, ist groß.

Bei der Vollversammlung des Diözesanrates im Herbst wird eine Initiative eingebracht zu einem Lieferkettengesetz, eine Gesetzesinitiative, die dafür eintritt, Menschenrechte zu achten und Umweltzerstörung zu vermeiden – auch im Ausland. Unternehmen, die Schäden an Mensch und Umwelt verursachen oder in Kauf nehmen, sollen dafür haften. Skrupellosigkeit darf sich nicht lohnen.

Als KAB unterstützen wir die Petition an Bundesarbeitsminister Hubertus Heil für einen Mindestlohn von Euro 13,69, um Sicherheit und Teilhabe für Arbeitnehmer*innen zu garantieren und Altersarmut vorzubeugen.

Die drei Themen werden im Standpunkt ausführlich erläutert.

Es gibt viel zu tun packen wir's an!

Mit solidarischen Grüßen
Franz Schollerer, Diözesanpräsident

13,69 Euro sind eine Frage der Menschenwürde, der Achtung und der Anerkennung für geleistete Arbeit

Ein Mindestlohn von 13,69 Euro pro Stunde entspricht 60 Prozent des Bruttomonatsverdienstes von Vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer*innen im produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich. Das ist die tatsächliche Untergrenze für einen fairen Arbeitslohn.

Mit 13,69 Euro können Alleinstehende ohne Sozialtransfers von ihrer Arbeit leben!

13,69 Euro sichern Familien gerechte und soziale Teilhabe!

13,69 Euro verhindern vorprogrammierte Altersarmut!

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die 45 Jahre für einen Mindestlohn von 10,45 Euro hart gearbeitet haben, erwartet am Ende ihres Arbeitslebens eine Altersrente von 699 Euro und damit weit unter der Grundsicherung.

Das kann nicht
sein – ändern
wir es!

#Mindestlohnpetition

Online-Unterschrift und
Unterschriftenlisten
unter

[www.kab.de/
mindestlohn-petition](http://www.kab.de/mindestlohn-petition)



**MINDESTLOHN
AUF 13,69 €
ERHÖHEN!**

Jetzt Petition
unterschreiben.



Frauen und Corona

Arbeitskreis Frauen auf Landesebene

Der Arbeitskreis „Frauen“ der KAB-Bayern hat sich Ende Juli 20 per Videokonferenz mit den Beobachtungen und Erfahrungen der Teilnehmer*innen im Lockdown auseinandergesetzt. In diesem Arbeitskreis beraten sich regelmäßig Delegierte – ehren- u. hauptamtliche Beauftragte für die Frauenarbeit - aus den bayerischen Diözesanvorständen zur Situation von Frauen in Familie und Arbeitswelt.

In einem Artikel der ZEIT beschrieb Frau Prof. Allmendinger (Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung): „In der Krise erleben wir einen Rückfall auf eine Rollenteilung wie zu Zeiten unserer Großeltern. Was ist passiert? Mütter, die sich nach der Geburt ihrer Kinder in meist jahrzehntelanger Teilzeit wieder ihrer Erwerbsarbeit widmen, ziehen sich aus dem Arbeitsmarkt zurück. Über 20 Prozent von ihnen reduzieren ihre Arbeitszeit, die ohnehin schon kürzer als die der Männer ist. Gleichzeitig erhöht sich die Zeit, welche die Mütter für die Betreuung der Kinder aufwenden, für die Hausarbeit oder die Pflege von Familienangehörigen.“ ...“Alarmierend ist aber die Tatsache, dass weit überwiegend Mütter diesen Rückzug aus dem Arbeitsmarkt vornehmen, sich um Kinder und Küche kümmern. Väter treten deutlich seltener zurück, bleiben bei ihrem Arbeitsleben, auch dann, wenn sie im Homeoffice arbeiten oder in Kurzarbeit sind.“

Diese Beschreibung deckt sich mit den – sicher nicht wissenschaftlich gedeckten – Beobachtungen des Arbeitskreises.

Care-Arbeit (Erziehung und Pflege) leisten weitgehend die Frauen/Mütter. Um dies leisten zu können, reduzieren/reduzierten sie Ar-



beitszeiten, nahmen Urlaub.

Eines kam Frauen entgegen: mobiles Arbeiten von zu Hause aus. Gleichzeitig stellten viele Arbeitnehmer*innen fest, dass Arbeit nun „im privaten Raum stattfindet“. Die Abgrenzung privat/privater Raum zu Arbeit/Arbeitsbereich ist vielfach nicht mehr gegeben. Die scheinbare Freiheit arbeiten zu können, wann es (familiär) passt, erfährt eine klare Eingrenzung durch die Entgrenzung von Leistung und Zeit. Viele Frauen erleben in Nachcoronazeit nun auch, dass mobiles Arbeiten keine Wahlmöglichkeit ist, sondern die Verlagerung der Arbeitsplätze durch die Unternehmen nach Hause stattfindet. Damit werden Kosten reduziert und Risiken z.B. Arbeitsschutz unsicher gestellt.

Die Berichte aus den Notbetreuungen in Kitas und Schulen ergeben, dass zu einem hohen Teil die nun festgelegten Systemrelevanten Berufe von Frauen ausgeübt werden – in hohem Maß mit verhältnismäßig geringem Einkommen.

Die Teilnehmerinnen des Arbeitskreises fordern deshalb:

- Corona hat das Brennglas auf die Fakten gerichtet. Gleichberechtigung von Frauen und Männern war nie hergestellt. Staat und Gesellschaft haben dafür zu sorgen, dass der Anspruch nicht nur rechtlich umgesetzt wird. Dabei kommt es auf Quotenmodelle und verpflichtende Parität (Parlamente und Gremien) an.
- Familien und Frauen brauchen andere Arbeits- und Lebenszeitmodelle und deren Bezahlung
- Frauen und Familien brauchen zielgerichtete – nicht nur finanzielle – Förderung zur Umsetzung von Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Rücksichtnahme auf die Lebensrealität von Frauen und Familien.
- Das Lohnniveau in den Care-Berufen hat die Systemrelevanz und die Belastungen in diesen Berufen abzuzeichnen. In den sogenannten systemrelevanten Berufen arbeiten viele Menschen, bes. Frauen, geringfügig.
- Frauen arbeiten überwiegend in Teilzeit – sie brauchen das Recht auf Rückkehr in Vollzeit.
- Digitalisierung und mobiles Arbeiten braucht einen Rahmen, der die Menschen schützt (Sozial- u. Arbeitsstandards)
- Chancengleichheit: Zugang zu digitalen Medien entscheidet u.a. über Teilhabe und Bildungsmöglichkeiten
- Corona hat gezeigt, dass Menschen „sich verlieren“, wenn sie kaum oder keine sozialen Kontakte haben. Arbeitswelt, aber auch Maßnahmen im Katastrophenschutz sind so anzulegen, dass dies möglich ist.
- Übermäßig belastet wurden im „Lockdown“ Alleinerziehende, Kranke und Behinderte. Das wussten wir vor Corona! Mehr Steuergerechtigkeit ist angebracht.

Bericht von Angelika Görmüller

Sprecherin des AK Frauen der KAB Landesarbeitsgemeinschaft Bayern

Heinz Neff ab Oktober als Diözesansekretär im Regionalbüro Freyung

Liebe Frauen und Männer der KAB im
Diözesanverband Passau,

ab dem 01. Oktober 2020 beginne ich meinen Dienst als Diözesansekretär im Regionalbüro Freyung. Ich trete dort die Nachfolge für den langjährigen Diözesansekretär Alois Gell an, mit dem ich, was mich sehr freut, eine dreimonatige Einarbeitungszeit habe.

Seit Oktober 2013 bin ich als KAB Diözesansekretär im Diözesanverband München und Freising tätig, betreue dort das KAB Büro in Freising mit vier Kreisverbänden und sechs Landkreisen.

Vor meinem hauptamtlichen Dienst für die KAB arbeitete ich bei einem großen kommunalen Klinikbetreiber, zuletzt als Betriebsratsvorsitzender für das gesamte Kommunalunternehmen.

Neben dem Einsatz für die Mitglieder der KAB, der Betreuung der Gruppen, betreute ich für die KAB Projekte im Bereich Pflege, Erzieher*in-

neausbildung, Mitarbeitervertretungen, Betriebsratswahlen, Flüchtlingshilfe und Nahosthilfe, in welcher ich neben meiner hauptamtlichen Tätigkeit auch ehrenamtlich aktiv bin.

Vorher in München wohnhaft, lebe ich mit meiner Familie seit dem Jahr 2018 in Grafenau, wo wir sehr freundlich aufgenommen wurden und wir uns sehr wohl fühlen.

Besonders freue ich mich, Sie ab dem Herbst dieses Jahrs persönlich kennen zu lernen, mit Ihnen zusammen in der KAB und für Sie zu arbeiten.

Gott segne unsere Arbeit

Heinz Neff



Ein Geschenk des Himmels

Artikel 140 des Deutschen Grundgesetzes besagt: „Der Sonntag und die staatlich anerkannten Feiertage bleiben als Tage der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung geschützt“. Und schon im Jahr 321 führte Kaiser Konstantin den Sonntag als Ruhetag ein.

Doch wie sieht die Realität heute aus? Es gibt Berufe, die arbeiten müssen, damit unsere Gesellschaft funktioniert: Pflegepersonal, Notdienste oder Ärzte. Daneben gibt es Menschen, die für den Sonntag anderer arbeiten, wie die Gastronomie, aber auch die Kirche. Trotz verbrieften Schutzes wird seit den 1990er Jahren auch in anderen Bereichen Sonntagsarbeit immer üblicher. Mittlerweile gerät der Sonntag in ganz anderen Branchen in den Fokus der „Liberalisierer“. In vielen Kommunen beruft man sich darauf, vier Sonntage im Jahr öffnen zu dürfen. Nur, ein pauschales Recht dafür gibt es nicht. Ein kürzlich ausgesprochenes Grundsatzurteil des Bundesverwaltungsgerichts definiert ganz klar, unter welchen Bedingungen eine Sonntagsöffnung erfolgen darf. Noch immer entspricht der größte Teil der Sonntagsöffnungen in Bayern nicht diesen Bedingungen. Drei Buden auf dem Parkplatz sind kein Anlass, um dem Großmöbelmarkt am Ortsrand eine Sonntagsöffnung zu erlauben! Nun nehmen in der Zeit der Corona-Pandemie, vornehmlich Verantwortliche im Einzelhandel, erneut Anlauf, den Sonntag als verkaufsoffen zu bekommen, mit der Begründung der Umsatzeinbußen durch Corona und den gefährdeten Arbeitsplätzen.

Wenn es um Arbeitsplätze geht, fehlen schnell die Argumente, gegen die Geschäftsöffnung am Sonntag zu sein und man findet sich sehr schnell am Pranger, dass man ja aus einem sicheren Arbeitsplatz heraus argumentiere. Viele Kommunalpolitiker stehen unter Druck oder meinen es gut, wenn sie dem Drängen des örtlichen Gewerbeverbandes oder der Geschäftsleitung des Möbelmarktes nachgeben und eine Sonntagsöffnung anlässlich eines „Alibi-märktchens“, eines „traditionellen“ Autotreffens oder Ähnlichem genehmigen. Man will das örtliche Gewerbe stärken und die Nachbargemeinde hat schließlich auch ihre verkaufsoffenen Sonntage. Leider ist dies gerade in kleineren Kommunen für Pfarrgemeinden nicht immer einfach. Mitglieder des Gemeinderates und des Gewerbeverbandes sind auch in Pfarrgemeinderat und Kirchenverwaltung aktiv und verhindern dort nicht selten offizielle Kritik durch die Pfarrgemeinde. Und hat nicht der Gewerbeverband für die Renovierung der Orgel gespendet sowie das Möbelhaus eine neue Einrichtung für den Pfarrsaal zur Verfügung gestellt? Auch so mancher Wallfahrtsort und manches Kloster geben hier nicht immer ein gutes Bild ab, wenn der Devotionalienhändler und der Klosterladen wie selbstverständlich sonntags öffnen. Pauschale Kritik am Einzelhandel ist aber nicht angebracht. Es gibt viele, meist mittelständische und kleine Ladenbetreiber, welche sich bewusst der Sonntagsöffnung verweigern und dies mit gutem Grund. Die Katholische Arbeitnehmerbewegung (KAB) kämpft mit der Sonntagsallianz für den arbeitsfreien Sonntag. Zusammen mit evangelischen Arbeitnehmerorganisationen, Gewerkschaften und weiteren Partnern setzen wir uns aktiv für den Sonntag ein; den Sonntag als

Tag des Herrn, Tag der Einkehr und des Gottesdienstes, aber auch als Tag der Familie, der Freundschaften oder des Sports. Die KAB wünscht sich in ihrem Einsatz noch mehr das deutliche Wort aus den Ordinariaten der Bistümer und muss oft zuschauen, wie Bistumsleitungen Sonntagsöffnungen zustimmen, wenn nur die Gottesdienstzeiten frei bleiben. Aber es geht nicht um die Zeit des Gottesdienstes allein, es geht um den ganzen Sonntag, „die Insel der Ruhe“, den Sabbat. Und: es ist nicht richtig, den Sonntag ausschließlich in einen religiösen Zusammenhang zu stellen. Der Sonntag fordert heraus, uns selbst zu hinterfragen, unser Verhältnis und Verhalten in einer Arbeitsgesellschaft, in der der Faktor Arbeitskraft zum zentralen Faktor der Wirtschaft wird. Es ist die Frage an uns, ob wir noch „Muße“ können, Freiheit leben können, mit einer freien Zeit etwas anfangen können, außer im Internet zu surfen oder zu arbeiten. Der christliche Philosoph Josef Pieper (+1997) hat die Muße eine „Tür ins Freie“ genannt und der Rabiner Abraham J. Heschel sagte über den Sabbat, was auch für den Sonntag gilt: „Der Sabbat ist eine Erinnerung an das Königtum jedes Menschen“. Nutzen wir diese Tür ins Freie und die Erinnerung an unser Menschsein und „fragen wir uns selbst, wie ein Sonntag in Familie, Pfarrei oder Verband aussehen könnte, bei dessen Feier uns eines Tages kein säkularer Staat mehr behilflich ist“, wie es die Psychotherapeutin Dr. Christine Schuler zum Ausdruck bringt. Setzen wir uns für den Schutz des Sonntags ein, regen Sie eine kritische Stellungnahme ihrer Pfarrei an, feiern Sie einen Themengottesdienst zum Sonntagschutz, melden Sie geplante Sonntagsöffnungen der Sonntagsallianz oder zeigen Sie mit eigenem Verhalten, wie der Sonntag aussehen könnte.

In den KAB-Büros und im Diözesanverband der Christlichen Arbeiter*innen Jugend (CAJ) bekommen Sie Hilfe und Unterstützung bei ihren Aktionen oder Vorhaben im Verband oder der Pfarrei.

KAB-Sekretäre Heinz Neff, und Alois Gell,

KAB für ein Lieferkettengesetz

Gemeinsam mit der breiten „Initiative Lieferkettengesetz“ aus Gewerkschaften, Entwicklungs- und Umweltorganisationen fordert die KAB ein Lieferkettengesetz, das globalen Unternehmen verbietet, Kinderarbeit zu tolerieren, Umweltschutz zu umgehen und Arbeitsbedingungen zu erlauben, die Menschen töten. „Mit den bisherigen freiwilligen Vereinbarungen werden weiterhin jene Unternehmen geschützt, die skrupellos Mensch und Umwelt ausbeuten“, betont KAB-Bundesvorsitzender Andreas Luttmer-Bensmann und findet breite Unterstützung im Diözesanverband Passau. Freiwillig kommen die Unternehmen ihrer menschenrechtlichen und umweltbezogenen Verantwortung bisher nicht ausreichend nach. Jene Unternehmen, die sich an die freiwilligen Regelungen halten, dürften nicht länger gegenüber verantwortungsloser Konkurrenz benachteiligt werden.



Lieferketteninitiative fordert Konsequenzen

Die Initiative Lieferkettengesetz will, dass alle Unternehmen Menschenrechte und Umweltstandards achten. Die Initiative Lieferkettengesetz will, dass Verstöße deutscher Unternehmen gegen Menschenrechte und Umweltstandards rechtliche Konsequenzen haben. Unternehmen sollen für Schäden haften.

Die Bundesregierung ist sich des Problems zwar bewusst, hält jedoch weiterhin an einer freiwilligen Selbstverpflichtung der Unternehmen fest. Das Monitoring, ob Unternehmen dieser Verantwortung nachkommen, hat das Wirtschaftsministerium zuletzt stark verwässert, kriti-

sieren die Initiative aus 17 Organisationen. Andere europäische Länder haben bereits entsprechende Gesetze verabschiedet, etwa zum Verbot von Zwangs- und Kinderarbeit. Das braucht es auch in Deutschland. Verantwortlich wirtschaftende Unternehmen haben durch ein solches Gesetz nichts zu befürchten. Es sollen nur die Unternehmen haften, die nicht genug getan haben, um Schäden an Mensch und Umwelt zu verhindern. Industrienationen wie Deutschland müssten endlich Verantwortung für ihre Wirtschaft übernehmen und es nicht den Verbraucher*innen überlassen. „Es muss endlich Schluss sein mit den vielen toten Arbeitnehmer*innen in den Textilzulieferwerken und Bergwerken“, fordert der KAB-Bundesvorsitzende.

Das Bündnis aus Katholischen Sozialverbänden und vielen Sozialwerken und Umweltverbänden haben eine Petition gestartet, um die Bundesregierung zum Handeln zu bewegen.

Der Diözesanverband Passau hat mit seinem Schwerpunktthema „Gemeinwohlökonomie“ einen Weg eingeschlagen, deutlich zu machen, dass es andere, ökologische, ökonomisch sinnvolle und menschlichere Wirtschaftsmöglichkeiten gibt, es eine Neuorientierung braucht und dazu gehört nach der Diözesanvorsitzenden Angelika Görmiller und Diözesanpräses Franz Schollerer das Lieferkettengesetz.

Der KAB Diözesanverband ruft auf, die Initiative der Katholischen Sozialwerke und Verbände mit Ihrer Unterschrift unter der Petition! www.lieferkettengesetz.de zu unterstützen. Auf der Homepage von Misereor: <https://www.misereor.de/informieren> finden Sie weitere Informationen und Material zum Thema „Lieferkettengesetz“.

„Ebenso wie das Gebot ‚Du sollst nicht töten‘ eine deutliche Grenze setzt, um den Wert des menschlichen Lebens zu sichern, müssen wir heute ein ‚Nein zu einer Wirtschaft der Ausschließung und der Disparität der Einkommen‘ sagen. Diese Wirtschaft tötet.“

Papst Franziskus (Evangelii gaudium, November 2013, Nr. 53)

„Eine Wirtschaft, die tötet“

Kapitalismus versus Solidarisches Wirtschaften

825 Milliarden Euro haben im vergangenen Jahr die großen (DAX-) Unternehmen an Steuern „vermieden“. Es gibt kein DAX-Unternehmen, das die Vorteile von Steueroasen (Panama, Kaimaninseln...) nicht nutzt. Für 10,1 Mio. Arbeitnehmer*innen wurde im Lockdown besonders von der Autoindustrie Kurzarbeit beantragt!

Gerne wird bei Hartz IV und anderen sozialen Leistungen auf die sogenannten Sozialschmarotzer mit dem Finger gezeigt.

Aber wer jetzt Finanzhilfen des Staates und damit des Steuerzahlers entgegennimmt, und immer noch Dividenden an Shareholder, Boni an Mitarbeiter*innen und überzogene Gehälter zahlt und nicht zumindest seine Steuerschuld ordentlich erledigt, sich seine Fehler um nicht zu sagen Betrügereien mit Ankaufsanreizen ersetzen lässt, Kurzarbeitsgeld als Versicherungsleistung bezeichnet, ist wohl sehr deutlich mehr als Sozialschmarotzer anzusehen und zu benennen.

Eine Finanzpolitik, die einseitig die Wirtschaft besonders die Großunternehmen unterstützt, ist keine zukunftsgerichtete Politik, die gerecht zu sein wenigstens versucht.

Kein „weiter so“ nach Corona!

„Alles hängt mit allem zusammen“, so war das Thema der Vollversammlung des Diözesanrates Passau. So wie wir uns ökologisch und ökonomisch verhalten, wirkt sich das auf uns selbst aus – regional, aber auch global. Bleiben wir bei unserem Wirtschaften wie bisher, zerstören wir die Zukunft der Menschen, die über Jahrzehnte die Folgen tragen müssen.

Unser jetziges Wirtschaftssystem steht auf dem Kopf. Das Geld ist zum Selbst-Zweck geworden, statt ein Mittel zu sein für das, was wirklich zählt: ein gutes Leben für alle. (Christian Felber, Autor des Buches „Gemeinwohl-Ökonomie“ und Mitinitiator der Gemeinwohl-Ökonomie-Bewegung)

Solidarisches Wirtschaften orientiert sich am Gemeinwohl und nicht zuerst an den Gewinnen und Erträgen. Dafür ist jetzt Zeit zum Umdenken! Es ist richtig, dass der Staat, der Steuerzahler, seine Bürger und Unternehmen unterstützt und dazu sich stärker verschuldet – auch über Jahre. Wer aber als Erstes Sozialabbau fordert, hat nichts verstanden! Corona hat das Brennglas auf die sozialen Verwerfungen gerichtet. Genau dorthin haben wir unsere Anstrengungen zu richten, wenn wir ein gutes Leben in der Demokratie wollen.

„Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl.“ (Bayrische Verfassung, Art. 151)

„Kapitalbildung ist nicht Selbstzweck, sondern Mittel zur Entfaltung der Volkswirtschaft.“ (Bayrische Verfassung, Art. 157)

Gemeinwohlorientiertes Wirtschaften braucht die Betonung einer Wirtschaftsethik, die Menschenwürde, Solidarität und Gerechtigkeit, und Umweltbewusstsein betont. Die katholischen Christen kennen diese Forderungen seit 1891 als Kath. Soziallehre.

Dazu gehört auch ein anderes – gerechteres – Steuersystem, das die belastet, die mehr leisten können und dabei auch stärker die Vermögenden in die Pflicht nimmt. Dabei gibt es keine Tabuthemen! Reden wir Klartext über Vermögensabgaben!

Wir müssen aufhören zu glauben, dass der eigene Wohlstand unabhängig vom gemeinschaftlichen Wohlstand existiert (Anna Mercadé, Direktorin der Unternehmer*innenvereinigung in der Handelskammer von Barcelona)

Die Katholische Arbeitnehmerbewegung im Bistum Passau hat sich verpflichtet, den Gemeinwohl-Ansatz – die Gemeinwohlökonomie

- bekannt zu machen um ein Wirtschaftssystem, das auf gemeinwohl-fördernden Werten aufgebaut ist, umzusetzen;
- Politisch, mit Menschenwürde, Solidarität, ökologische Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit und demokratische Mitbestimmung als die zentralen Werte
- wirtschaftlich, als lebbare Alternative mit einer Bewertung des wirtschaftlichen Erfolges anhand gemeinwohl-orientierter Werte und
- gesellschaftlich, als Bewusstseinsbildung für wertschätzendes und gemeinsames Tun

„Alles hängt mit allem zusammen“ Ah, sozial – dafür treten wir ein!

Angelika Görmiller, Diözesanvorsitzende



Termine

- 16.09.2020 Kreisverbandsleitung KV FRG * 01.10.2020 Arbeitsbeginn Heinz Neff * 06.-07.10.2020 Klausur Hauptamtliche Team
 11.10.2020 Kreiswallfahrt KV Passau * 17.10.2020 Landesarbeitsgemeinschaft KAB-Bayern * 23.-24.10.2020 Klausur Diözesanleitung
 30.10.2020 Kreisverbandsleitung KV VOF * 13.11.2020 Redaktion Standpunkt * 14.11.2020 125 Jahre OV Passau * 15.12.2020 Sitzung Diözesanleitung